

<b>Zeitschrift:</b>	Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
<b>Herausgeber:</b>	Sozialdemokratische Partei der Schweiz
<b>Band:</b>	67 (1988)
<b>Heft:</b>	3
<b>Artikel:</b>	Nachrichten aus dem deutsch-nationalen Lager : Konjunktur für die Vergangenheitskosmetiker
<b>Autor:</b>	Hartmann, Horst
<b>DOI:</b>	<a href="https://doi.org/10.5169/seals-340597">https://doi.org/10.5169/seals-340597</a>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 15.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

Mit anderen Worten und etwas pointiert ausgedrückt: Einerseits führt die heutige Arbeitswelt dazu, dass immer mehr Leute sie nicht für eine unbeschränkte Dauer ertragen, und andererseits brauchen offenbar moderne Gesellschaften nicht mehr alle ihre Glieder, die fähig wären, das herzustellen und zu leisten, was hergestellt und geleistet wird. Dieser Entwicklung ist der Sozialstaat nicht gefolgt. Zugleich sind die herkömmlichen Netze (Grossfamilie, Grossgemeinschaft usw.), die früher für Wechselseitigkeiten des Lebens eine Auffangfunktion erfüllten, schwächer geworden oder verschwunden. Geht man davon aus, dass das Lieblingskind für Arbeitsbeschaffung der Ökonomen, nämlich das Wachstum, für entwickelte Industrieländer nicht das Patentrezept sein kann, und geht man davon aus, dass unter den heutigen Umständen nicht für alle eine Lohnarbeit vorhanden ist, dann scheint mir die Idee eines garantierten Mindesteinkom-

mens, das den materiellen Grundbedarf abdeckt, als sehr diskussionswürdig. Mit einem Schlagwort «Recht auf Leben» kommt vor Recht auf Arbeit bzw. wenn das Recht auf Lohnarbeit für alle nicht durchgesetzt werden kann oder wird, dann soll wenigstens die Sicherung des materiellen Grundbedarfs von der Lohnarbeit abgekoppelt werden.

Ich weiss, dass diese Idee auch viele Fragen aufwirft. Ich weiss aus meiner praktischen Arbeit, wieviel Engagement, wieviel Zeit, wieviel Geld auch dafür verwendet wird, um Menschen, die zum Sockel gehören, wieder in eine Arbeitswelt integrieren zu wollen, die ihn oft nicht mehr will. Da frage ich mich manchmal als Ökonom, ob hier das Kosten-Nutzen-Verhältnis stimmt, und ich frage mich als Mitglied dieser Gesellschaft, ob neben den kurzfristig anzustrebenden Verbesserungen nicht auch ein grundsätzliches Überdenken nötig wäre, bzw. ich bin überzeugt, dass es nötig ist.

zung von drei Direktorenstellen der Deutschen Historischen Institute in Rom, Paris und Washington wurden namhaften liberalen Wissenschaftlern kaum profilierte Gefolgsleute der Rechten vorgezogen. Auch die Ablösung von Klaus Ritter zugunsten des Kohl-Beraters Michael Stürmer als Direktor der Stiftung Wissenschaft und Politik in Ebenhausen, ist ein Alarmzeichen für den Vormarsch der Konservativen. Beim Militärgeschichtlichen Forschungsamt (MGFA) in Freiburg, das dem Bundesverteidigungsministerium untersteht, ist ein heftiger politischer Streit entbrannt. Eine Gruppe des Forschungsamtes, das zahlreiche Publikationen veröffentlicht, bestreitet hartnäckig, dass Hitler am 22. Juni 1941 die Sowjetunion überfallen hat. Stattdessen vertreten die Mitarbeiter die Goebbelsche Propagandalüge, Hitler wäre einem Angriff Stalins lediglich zuvorgekommen, obwohl dieses Märchen von allen namhaften Historikern eindeutig widerlegt worden ist.

Die «Frankfurter Allgemeine», das Sprachrohr des bundesdeutschen Finanzkapitals, schreckte nicht davor zurück, die Goebbelsche Version monatelang in ihren Spalten diskutieren zu lassen und sogar Leserbriefe zu veröffentlichen, deren Länge aufmerken liess. Um im Freiburger Forschungsamt die jede vernünftige Arbeit lähmenden Spannungen aufzuheben, wurde vom Bundesverteidigungsministerium ein Beirat eingesetzt, über den Hans U. Wehler urteilt: «In Metternichs Zeiten hätten Liberale diese Runde eine ministerialministerielle Zensurkommission genannt.»

Unter dem Vorsitz des ehemaligen Generals J.A. von Kielmannsegg, der das achtzigste Lebensjahr bereits überschritten hat und lediglich als Alibi-

*Nachrichten aus dem deutsch-nationalen Lager*

## Konjunktur für die Vergangenheitskosmetiker

*Von Horst Hartmann*

Unbeachtet von der Öffentlichkeit geht hinter den Kulissen und dem breiten Rücken Helmut Kohls die Umschreibung der jüngsten braunen Vergangenheit weiter. Der Bielefelder Historiker Hans U. Wehler, Kenner des deutschnationalen Intrigenspiels, hat auf die jüngsten Schachzüge der neuen Rechten hingewiesen.

Obwohl das «Verdrängungs- und Beschönigungskartell» um

Ernst Nolte, Andreas Hillgruber, Michael Stürmer und Klaus Hildebrand von den objektiven und liberalen Wissenschaftlern deutlich in die Schranken gewiesen worden ist, versucht das Rechtskartell jetzt vor allem, eine Personal- und Gesinnungskontrolle durchzusetzen. Bei der Beset-

<sup>2</sup> Der Autor ist Abteilungsleiter am städtischen Arbeitsamt Zürich.

figur dient, wirken drei rechts-gestrickte Gutachter, darunter die im Historikerstreit unrühmlich aufgefallenen Klaus Hildebrand und Michael Stürmer. Erstes Opfer dieser Gesinnungskontrolleure war das Manuskript über den Sozialdemokraten Gustav Noske von Wolfram Wette. Noske, der während der Weimarer Republik zeitweise Reichswehrminister war, galt weder in der eigenen Partei noch bei liberalen Historikern als weitsichtiger Politiker, weil er während der

Revolution 1918 reaktionäre Freikorps und reguläre Truppen auf die aufständischen Arbeiter schiessen liess. Sein Ausspruch: «Einer muss den Bluthund machen», hat ihn bis heute diskreditiert. Wette sieht Noske zu Recht als problematische politische Figur. Der sogenannte Beirat lehnte es ab, dem Manuskript die Imprimatur und einen Druckkostenzuschuss zu erteilen. In der Begründung wurde der schwarz-weiss-rote Kern deutlich. Die Veröffentlichung

«dürfte nicht Aufgabe» des Freiburger Instituts sein, «das nun einmal keine freischwebende Forschungseinrichtung ist, sondern im Dienste der Bundeswehr steht».

In Freiburg wurden jedoch Gegenuntersuchungen eingeholt, die positiv ausfielen, so dass die Noske-Biographie doch noch erscheinen konnte. Ob allerdings im MGFA zukünftig angesichts der eingeführten Gesinnungskontrolle objektive Forschungen noch möglich sind, ist fraglich geworden.

*Die Diskussion zwischen SPD und SED*

## Von der Fähigkeit zum Frieden

*Von Erhard Eppler*

*Die Auseinandersetzung um das SPD/SED-Grundsatzpapier «Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit» geht weiter, vor allem in der DDR. Bereits Ende Oktober hatte SED-Politbüro-Mitglied Kurt Hager sich in einem Vortrag an einer Nach-Interpretation versucht – und damit heftig Kritik bei den Sozialdemokraten der BRD hervorgerufen. Hauptstreitpunkt: die von Hager bezweifelte Friedensfähigkeit des Kapitalismus. Auch Mitverfasser Otto Reinhold im SED-Zentralorgan «Neues Deutschland» bezog Stellung. SPD-Mitautor Erhard Eppler bewertet den Stand der Diskussion.*

Es wird gestritten, und das ist gut so. Das gemeinsame Papier, das die Grundwerte-Kommission der SPD zusammen mit der Akademie für Gesellschaftswissenschaften der SED am 27. August 1987 der Öffentlichkeit vorgestellt hat, sollte der Beginn einer systemoffenen Diskussion sein, nicht deren Abschluss. Dass diese Diskussion in der DDR – und zwar innerhalb wie ausserhalb der SED – leidenschaftlicher geführt werden würde als in der Bundesrepublik, stand zu erwarten.

*Die Diskussion beginnt erst*

Ebenfalls wenig überraschend war, dass die Dogmatiker in

West und Ost protestieren würden. Und deren gibt es notwendigerweise da am meisten, wo eine Partei sich auf «wissenschaftlichen Sozialismus» beruft, also den Anspruch erhebt zu wissen, wie es wirklich ist. Sozialwissenschaften, die ihre Ergebnisse nicht dauernd selbst anfechten, können auf Dogmen sitzenbleiben, zumal wenn diese im Programm einer herrschenden Partei festgeschrieben werden. Diese Einsicht dämmert auch in kommunistischen Parteien.

Nicht so einfach vorherzusehen war, dass sich der Widerstand gegen das gemeinsame Papier in Ost und West an denselben Stellen entzünden würde. Professor Otto Reinhold,

Direktor der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, hat nicht ganz unrecht, wenn er in seinem Interview im «Neuen Deutschland» vom 11. November 1987 meint: «Leuten, die Tag für Tag die Gefahr aus dem Osten predigen, missfällt, dass der Sowjetunion, den sozialistischen Staaten Friedensfähigkeit bescheinigt wird. Leuten, die ununterbrochen erklären, dass der Sozialismus ein starres, dogmatisches System ist, gefällt natürlich nicht, wenn festgestellt wird: der Sozialismus ist entwicklungs- und reformfähig.» Die Leute, von denen Reinhold spricht, gibt es. Aber weit unruhiger sind jene anderen in der DDR, für die Reinhold sein Interview gab: die kommunistischen Funktionäre, in deren Weltbild es nicht passt, dass nun der Imperialismus friedensfähig und dazu noch reformfähig sein soll.

Dass hier ein beträchtlicher Interpretationsbedarf entstehen musste, war für erfahrene Kommunisten wie Reinhold